

Jeder fahndet für sich allein

Es gibt unzählige Verwaltungsstellen, die gegen die Internetkriminalität kämpfen. Parlamentarier finden das ineffizient. Mit Hilfe einer parlamentarischen Initiative streben sie nun eine Gesamtkoordination an.

MARCELLO ODERMATT

BERN. Das kriminelle Potenzial im Internet hat in den letzten Jahren zugenommen. Dabei geht es nicht nur um jihadistische und extremistische Internetseiten, sondern auch um Wirtschaftskriminalität, Hacker, Datenklau, Kreditkartenbetrug, Internetpornographie, Cyberbullying (Mobben und Stalken im Netz).

Ebenso mannigfaltig wie der Delikt katalog in den letzten Jahren gewachsen ist, haben sich die Verwaltungsstellen ausgebreitet, die sich des Problems annehmen, etwa das Bundesamt für Kommunikation, die Melde- und Analysestelle Informationssicherung (Melani) im Nachrichtendienst des Bundes, die Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Kobik) im Bundesamt für Polizei (fedpol), das Staatssekretariat für Wirtschaft, das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), der Eidgenössische Datenschützer, die kantonale Fachstelle Schweizerische Kriminalprävention (SPK), kantonale und kommunale Polizeien. Für Krisensituationen gibt es noch den Sonderstab Information Assurance. Den Behörden vorzuerwerfen, sie täten nichts, wäre also falsch.

«Es fehlt die Koordination»

Doch tun sie es richtig? «Die einzelnen Stellen leisten gute Arbeit», sagt die Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer. Doch: «Jeder macht etwas für sich. Es fehlt die Koordination.» Ebenso sehen es die Kantone, zumindest deren Fachstelle SKP. Martin Boess, SKP-Geschäftsleiter: «Auf vielen Ebenen passiert viel. Doch alles beisst sich am Schluss in den Schwanz.» Jüngstes Beispiel sind die Anstrengungen für den Jugendmedienschutz. Sowohl Bakom wie auch BSV erarbeiteten eine Studie zur Medienkompetenz. Der BSV-Bericht gelang zur Entscheidungsfindung in den Bundesrat, der Bakom-Bericht wurde



Moderne Gauner: Internet-Betrüger arbeiten – wie in dieser gestellten Situation – zu Hause im stillen Kämmerlein.

Bild: ky/Gaëtan Bally

schubladisiert. «Es fehlt der Plan, eine Strategie», sagt auch Ronja Tschümperlin von Kinderschutz Schweiz.

Obschon beim Bundesrat Vorstösse häufig sind, mag Schmid-Federer nicht länger warten. Sie hat in der Sommersession eine parlamentarische Initiative eingereicht, damit das Parlament das Problem selbst anpacken kann. Die Initiative unterschrieben zahlreiche Politikerinnen und Politiker aus allen Parteien. Eine ähnliche Initiative reichte Ivo Bischofberger (AI) im Ständerat ein.

Bund soll koordinieren

Konkret soll eine gesetzliche Grundlage erarbeitet werden, die dem Bund die Koordinationsauf-

Jahr für Jahr mehr Fälle

In seinem jüngsten Bericht stellt das Bundesamt für Polizei (fedpol) eine erneute Zunahme der Internetkriminalität fest. Bei der Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Kobik) gingen 2009 7747 Meldungen ein – 16 Prozent mehr als im Vorjahr. Zugezogen hätten die täglichen Hackerangriffe auf Unternehmen und Bundesverwaltung. Weiter stellte Kobik einen «signifikanten Anstieg» der Meldungen betreffend kinderpornographischem Material fest.

Aufgefallen sind dem Fedpol auch die sozialen Netzwerke, die «eine Fülle von Gefahren» und «einen Nährboden für neue Deliktformen» darstellen. Das Fedpol betont im Bericht die Schwierigkeiten der Kontrolle: Technologien entwickelten sich kontinuierlich. Fazit des Fedpols: «Die Entwicklung verlangt eine laufende Anpassung von Taktik und Technik, aber auch der rechtlichen Grundlagen, um in Zukunft erfolgreich Schwerestrafkriminalität verfolgen zu können.» (mob)

gabe zuschreibt, um den Kampf «effizienter und kostengünstiger» zu machen. Schmid-Federer möchte zugleich die Strafgesetze, die aus den internetfreien 1990er-Jahren stammen, aktualisieren. Vorab geht es aber um die Schaffung einer zentralen Stelle, die koordiniert, Ressourcen und Geld verteilt.

Know-how weitergeben

Auch der Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen, Mitunterzeichner der Initiative, findet eine bessere «Koordination auf Bundesebene» sinnvoll. Davon profitierten auch KMU, die bei Hackerangriffen auf den Bund betroffen sein könnten. Das Know-how, das der Bund habe,

müsse weitergegeben werden. Ob es dafür ein neues Gesetz braucht, lässt Wasserfallen indes offen.

Für Ronja Tschümperlin vom Kinderschutz müsste die übergeordnete Sichtweise aber auch die Förderung des verantwortungsvollen Umgangs mit dem Internet beinhalten. Dies sei «unerlässlich», da die Gesellschaft durch komplexe Informationssysteme «verwundbar» geworden sei.

Bundesrat: Gesetz genügt

Der Bundesrat stellte solche Argumente zwar nie in Abrede. Doch er hielt stets fest, die bisherigen Gesetze genügt. Auf Nachfrage bestätigte das Fedpol dies und verweist auf die neue Strafprozessordnung, das Fernmeldegesetz und die geplante Revision des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs.

Und bezüglich Koordination hielt das Justizdepartement in einem Vorstoss fest: Die Schweiz verfüge über «ein umfassendes, flexibles und kostengünstiges Modell zum Schutz der kritischen Informationsinfrastrukturen und zur Bekämpfung der Internetkriminalität».

Mehr Personal eingestellt

Auf Druck des Parlaments stockte der Bundesrat vor zwei Jahren gleichwohl den Personalbestand auf. Heute heisst es beim Fedpol, die vorhandenen Ressourcen würden «möglichst zweckmässig» eingesetzt und es werde derzeit ein Konzept zur Bekämpfung der Internet- und Netzwerkkriminalität vorbereitet.

Auch dazu musste sich der Bundesrat allerdings zwingen lassen. Die entsprechende Motion wurde im Juni 2009 gegen seinen Willen überwiesen. Indes: In der gleichen Session lehnte der Nationalrat eine Motion von Jakob Büchler (CVP, SG) ab. Er forderte eine «eigene Abteilung zur effizienten und raschen Verfolgung von Internetkriminalität».

Registrierung bei Gefahrenpotenzial

BERN. Der Nachrichtendienst NDB will ab sofort vorsichtiger bei der Fichierung vorgehen. Registriert werden soll nur noch, wer in einer Prüfung als Gefahr für die Sicherheit der Schweiz taxiert wurde. Damit kommt der NDB der anhaltenden Kritik entgegen. Der Direktor des NDB, Markus Seiler, hat am Freitag per Weisung eine «restriktivere Linie» für den Umgang mit der Staatsschutz-Datenbank Isis verordnet. Sebastian Hueber, Sprecher des Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), bestätigte eine entsprechende Meldung der «NZZ am Sonntag».

Neue Informationen dürfen demnach nur in der Datenbank erfasst werden, wenn sie wirklich für den Staatsschutz relevant sind. Im Klartext heisst dies: Die betroffenen Personen müssen eine Gefahr darstellen für die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz. So sieht es auch das Gesetz vor.

In den vergangenen Jahren hatte der Nachrichtendienst Informationen gesammelt, die er erst Jahre später oder gar nicht auf ihre Relevanz prüfte. Die Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) kritisierte dies am Mittwoch in einem Bericht als gesetzeswidrig. Weitere Massnahmen sind laut Hueber nicht ausgeschlossen. (sda)

Schwestern beten für die «Liberté»

Die Freiburger «Liberté» ist die letzte unabhängige Tageszeitung der Romandie. Statt einem Zeitungskonzern gehört sie einer religiösen Kongregation. Ein Besuch bei den Paulusschwestern, denen die Zeitung gehört.

DENISE LACHAT

FREIBURG. Frisch und munter empfängt Michèle Gisiger die Besucher kurz nach sechs Uhr in der Früh, aufgestanden ist sie bereits um 4.30 Uhr. Die 69-Jährige ist Generaloberin des Pauluswerks von Freiburg. «Nennen Sie mich einfach Schwester Michèle», sagt sie fröhlich und stellt Kaffee auf den Tisch. Vor dem Morgenlob bleibt gerade noch Zeit, um in ihren Erinnerungen zu kramen. Die Bücherrärrin und Tochter einer jurassischen Bauernfamilie mit zehn Kindern entschied sich im Alter von 19 Jahren zum Eintritt ins Kloster. Eines der besonderen Art: In Freiburg arbeiteten die Paulusschwestern für die Verbreitung von Gottes Botschaft auch in der Druckerei der Tageszeitung «La Liberté».

Mit Steinen beworfen

Die Schwestern bei der Zeitung, das kam so: Chorherr Schorderet, der die «Liberté» 1871 gegründet hatte, um der Stimme des Papstes auch ausserhalb der Kirche Gehör zu verschaffen, benedete einen Konflikt mit seinen

Arbeitern, indem er junge Schwestern in einen Schriftsetzerkurs schickte – nach Frankreich, wo Frauen zu dieser Ausbildung zugelassen waren. Von den streikenden Arbeitern wurden die Schwestern bei ihrer Rückkehr mit Steinen beworfen, doch aufgehalten hat sie dies nicht: Fortan wohnen die Beiträge in der «Liberté» von den Schwestern gesetzt.

Kampf für Unabhängigkeit

Geändert hat sich seit Schwester Michèles Ankunft in Freiburg vieles: Die «Liberté» ist längst keine Stimme des Papstes und auch keine CVP-Zeitung mehr, und die Schwestern sind vor Jahren schon in einen Wohnblock im Park umgezogen, während sie früher gleich über der Druckerei wohnten. Nach wie vor aber begleitet das rhythmische Klopfen der Falzmaschine die Morgengebete der Schwestern, die kurz vor sieben in die Kapelle unter dem Dach hochsteigen. Und nach wie vor ist auch die Zeitung vollumfänglich im Besitz des Pauluswerks. Angesichts des fortschreitenden Alters der Paulusschwes-

tern müsse das Aktionariat aber bald einmal geöffnet werden, sagt die Oberin. Als Vizepräsidentin des Verwaltungsrats der «Liberté» hat sie genaue Vorstellungen: Bei der «Liberté» soll kein Zeitungskonzern einsteigen, wie es jüngst die französische Hersant-Gruppe beim Walliser «Nouveliste» getan hat. Tatsächlich ist die «Liberté» die letzte unabhängige welsche Tageszeitung, nachdem sich Her-

sant bereits die Waadtländer «La Côte», den Neuenburger «L'Express/L'Impartial» sowie das «Journal du Jura» einverleibt hat. Die übrigen Westschweizer Titel sind im Besitz des mächtigen Lausanner Verlagshauses Edipresse, dessen Mehrheit am Schweiz-Geschäft im nächsten Frühling an die Zürcher Tamedia geht. Für die Unabhängigkeit der «Liberté» stehen die Schwestern ebenso ein

wie für den Erhalt der rund 300 Arbeitsplätze in Freiburg. «Wir haben nie riesige Dividenden verlangt», betont Schwester Michèle. Dafür erwartet die Kongregation qualitativ hochstehenden Journalismus, dessen humanistischer Ansatz in einer Charta geregelt ist.

Tag beginnt mit Zeitungslektüre

Die Zeitung hat eine Auflage von knapp 40000 Exemplaren, zählt 100000 Leser und ist bekannt für ihren investigativen Journalismus. Will sie die Qualität trotz sinkender Werbeeinnahmen halten, muss sie sich zur Decke strecken, wie ihr Verleger Albert Noth bestätigt. Stellen mussten bisher keine gestrichen werden, hingegen wurden natürliche Abgänge im Umfang von 4,5 Stellen nicht ersetzt. «Wir versuchen, nicht abzubauen», sagt Noth. Unterstützung leisten dabei auch die Schwestern, sie schliessen die «Liberté» täglich ins Gebet ein. Für Schwester Michèle fängt der Tag ohnehin mit der Zeitungslektüre an. Um fünf Uhr morgens konsultiert sie die Kommentare in der «Liberté». Auf dem Internet.



Bild: Denise Lachat

Paulusschwester Michèle kämpft für eine starke «Liberté».